

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW zum Internationalen Tag des Gedenkens an den Holocaust und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Im Jahr 2002 beschlossen die Bildungsminister der im Europarat vertretenen Staaten, einen **Tag des Gedenkens an den Holocaust und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit** ins Leben zu rufen. Um ein deutliches Zeichen gegen jede Art des Rassismus zu setzen, einigten sie sich auf den 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz.

Tayfun Kelttek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW sagt dazu: „Der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust ruft uns ins Gedächtnis, dass wir gemeinschaftlich Verantwortung für die Aufrechterhaltung unserer Erinnerungskultur tragen. Der Holocaust markiert eines der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte. Er verdeutlicht, zu welchen Gräueltaten der Mensch imstande ist. Wer der Ansicht ist, diese Schandtaten gehörten der Vergangenheit an, irrt. Denn Rassismus, mit all seinen Facetten, bleibt nach wie vor eine stetig steigende Gefahr für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben in unserer Gesellschaft.“

Angriffe, Beleidigungen, Anfeindungen, Einschüchterung, Gewalt sowie Sachbeschädigung von jüdischen Einrichtungen gehört für Jüdinnen und Juden in Deutschland zum Alltag. Die Zahl der antisemitischen Straftaten im Jahr 2018, stieg im Vergleich zum Vorjahr um fast 20 Prozent. Der antisemitische Terroranschlag von Halle im Oktober 2019 verdeutlicht einmal mehr, dass der Rassismus im Allgemeinen- und der Antisemitismus im Speziellen keine Hemmschwelle mehr zu haben scheint.

Kelttek dazu: „Die Tatsache, dass rechtspopulistische Parteien und rassistische Gruppen und Bewegungen immer mehr Zulauf erhalten, ist höchst alarmierend und eine Gefahr für unsere Demokratie. Das zeigt klar, dass der Rassismus tief in unserer Gesellschaft verankert ist. Offensichtlich sieht sich die rechtsextreme Szene nach dem für die Angeklagten günstigen Ausgang des NSU-Prozesses darin bestärkt, ihre menschenverachtende Gesinnung offensiver und aggressiver zu vertreten. Eine lückenlose Aufklärung der NSU-Morde wäre daher eine richtige Maßnahme gegen rechtsradikale Tendenzen gewesen. Umso wichtiger ist es, dass sich alle demokratischen Kräfte unseres Landes, entschieden gegen Rassismus, Hass und Ausgrenzung zusammenfügen. Nur so können wir der gesellschaftlichen Verrohung Einhalt gebieten.“